



02.03.2017

## **Hintergründe und Stellungnahme zur Menschenrechtslage auf den Philippinen**

Menschenrechtsverletzungen sind seit Jahrzehnten bittere Realität auf den Philippinen. Menschen werden auf offener Straße getötet, verleumdet, systematisch kriminalisiert, rechtswidrig jahrelang in Haft gehalten, drangsaliert, gefoltert. Nach den Verantwortlichen wird selten gefahndet, die Fälle untersucht die Justiz nur oberflächlich.

Das Justizsystem funktioniert nicht, auch weil der politische Wille fehlt, insbesondere die Täter/-innen aus den Reihen der Polizei, dem Militär und der mit ihnen kooperierenden paramilitärischen Verbände zur Verantwortung zu ziehen. Auf massive internationale Kritik führte Ex-Präsident Benigno Aquino zwar einige strukturelle und legislative Reformen ein, u.a. ein Anti-Folter-Gesetz und Menschenrechtsbüros bei Polizei und Militär. Doch änderte das nur wenig. Seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Rodrigo Duterte hat sich die Menschenrechtslage im Land sogar dramatisch verschärft.

Schwere Menschenrechtsverletzungen bleiben auf den Philippinen fast immer unbestraft. Stattdessen warten die Opfer und ihre Angehörigen jahrelang vergebens auf einen gerechten Prozess. In den letzten Jahrzehnten wurde nur eine Handvoll der Verantwortlichen für tausende politische Morde und Fälle von Verschwindenlassen vor Gericht gestellt und bestraft.

Die Philippinen sind immer noch eines der Länder mit den meisten Morden an Menschenrechtsverteidiger/-innen weltweit. Zwischen Mai 2012 und September 2016 wurden mindestens 147 Menschenrechtsverteidiger/-innen und 23 Journalist/innen ermordet. Zielscheibe politisch motivierter Morde, außergerichtlicher Hinrichtungen<sup>1</sup> und gewaltsamen Verschwindenlassens sind meistens politische Aktivisten, Angehörige von zivilgesellschaftlichen Gruppen, Menschenrechtsverteidiger/-innen, Journalist/-innen, Richtern/-innen, Rechtsanwälten/-innen und Angehörige von indigenen Gemeinschaften. Sie alle haben etwas gemeinsam: Sie setzen sich für die Rechte und Interessen von Minderheiten und Randgruppen ein und sind für den philippinischen Staat durch ihre Arbeit unbequem.

### **Gewaltsame Konflikte um Landverteilung**

Die Mehrzahl der ermordeten Menschenrechtsverteidiger/-innen fällt Konflikten um Land zum Opfer. Weiterhin ist ein Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Besitz einiger weniger Großgrundbesitzer/-innen. Landlose Kleinbäuer/-innen bewirtschaften das Land, müssen aber große Teile der Ernte an den Grundherren abführen. Das 1988 eingeführte Landreformprogramm, das eine Verteilung aller Flächen über fünf Hektar zugunsten der Landlosen vorsieht, ist in der Praxis nahezu wirkungslos. Bauernorganisationen, die sich für

---

<sup>1</sup> Außergerichtliche Hinrichtungen, auch als extralegale Hinrichtungen bekannt, sind willkürliche, vorsätzliche und gezielte Tötungen von Menschen, meistens ausgeführt auf Anordnung, unter Beteiligung oder mit Duldung von Regierungen oder staatlichen Stellen, ohne dass ein ordentliches Gericht eine Todesstrafe verhängt oder die Hinrichtung angeordnet hat.

eine Verbesserung der Situation und eine Umverteilung von Agrarland einsetzen, sehen sich Drohungen, Repressionen und Gewalt ausgesetzt.

Ähnlichen Repressalien erfahren auch Aktivist/-innen, die gegen Bergbauprojekte kämpfen. Diese Vorhaben gehen in den Philippinen oft mit massiven Umweltverschmutzungen einher. Weil solche Projekte besonders oft die Ahnengebiete von Indigenen bedrohen, finden sich unter den Ermordeten besonders viele Angehörige der über 100 indigenen Bevölkerungsgruppen.

### **Kriminalisierung und Verleumdungsklagen**

Im Gegensatz zum Problem politischer Morde erfährt die systematische Kriminalisierung weder international noch im Land selbst ausreichend Aufmerksamkeit. Sicherheitskräfte, Politiker/-innen und private Akteure wie Bergbaufirmen missbrauchen gezielt das Justizsystem, um all jene mundtot zu machen, die sich ihren Interessen widersetzen. In vielen Fällen geht es den Urhebern/-innen von Verleumdungsklagen gar nicht unbedingt darum, eine Verurteilung zu erwirken. Vielmehr machen sie es sich zu Nutze, dass sich Rechtsprozesse im nicht funktionierenden und überlasteten Justizsystem der Philippinen meist jahrelang hinziehen. In dieser Zeit müssen die Angeklagten viel Zeit und Geld für ihre Verteidigung aufwenden und werden dadurch von ihrer eigentlichen Arbeit abgehalten.

### **Konstruierte Anklagen**

Eine besonders heimtückische Form der Kriminalisierung stellen konstruierte Anklagen dar, bei denen das Opfer mithilfe gefälschter Beweise eines Verbrechens beschuldigt wird, das es nicht begangen hat. Diese Art der Klagen strengen besonders Militärangehörige an mit dem Ziel, Aktivist/-innen öffentlich zu denunzieren und sie in Untersuchungshaft zu bringen. Oft geht konstruierten Anklagen eine Einschüchterungskampagne voraus. Zudem werden die Opfer oft überwacht und erhalten Drohungen, die sich manchmal gegen Familienmitglieder richten.

### **Der vermeintliche Drogenkrieg vom neuen Präsident Rodrigo Duterte**

Kurz nach dem Amtsantritt von Präsident Rodrigo Duterte am 30.6.2016 startete die Regierung eine Kampagne gegen Drogen. Der so genannte „Drogenkrieg“ führte im ganzen Land zu einer Welle von rechtswidrigen Tötungen, gar außergerichtlichen Hinrichtungen. Im Zuge der Kampagne wurden seit dem Amtsantritt Dutertes mehr als 7000 Menschen getötet. Die Opfer sind meist verarmte Filipinos.

Ein aktueller Bericht von Amnesty International (AI)<sup>2</sup> dokumentiert, wie Polizei und Auftragskiller jeden ins Visier nehmen, der auch nur entfernt im Verdacht steht, Drogen zu konsumieren oder mit ihnen zu handeln. Die Polizei hat wehrlose Menschen, darunter auch Kinder, erschossen, Beweismittel gefälscht, Auftragsmörder angeheuert und getötete Suchtkranke sowie ihre Angehörigen beraubt. Meist reiche ein fadenscheiniger „Beweis“ aus, um Menschen zu töten, so Experten von AI. Denn mit Töten lässt sich Geld verdienen. In dem Bericht untersucht AI 59 Todesfälle. Zwei Auftragskiller gaben zu Protokoll, dass ihnen ein Polizeibeamter für jeden getöteten „Drogenabhängigen“ 5.000 philippinische Pesos (ca. 94 Euro) gezahlt habe. Für Verhaftungen gibt es keine Anreize, keinerlei Bezahlung. Soweit bekannt, wurde jedoch in keinem einzigen Fall Anklage gegen Polizisten oder andere Personen erhoben. Zeugen und Familienangehörige der Opfer schreckten davor zurück, die Verbrechen zu melden, weil sie Vergeltungsmaßnahmen befürchteten.

### **Fair-Handels-Organisationen auch Opfer von Menschenrechtsverletzungen**

Auch Fair-Handels-Organisationen auf den Philippinen sind Repressalien, Brandstiftungen an Anlagen und Maschinen, konstruierten Klagen, Morddrohungen ausgesetzt und politisch motivierten Morden zum Opfer gefallen. Innerhalb von einem Jahr wurden zwei Mitglieder unseres Handelspartners Panay Fair Trade Center (PFTC) auf offener Straße erschossen. Seit 2005 sind zwei weitere Mitglieder von PFTC spurlos verschwunden und vermutlich nicht mehr am Leben.

---

<sup>2</sup> Vgl. Amnesty International (2017): If you are poor, you are killed. Extrajudicial executions in the Philippines' "war on drugs", <http://amnesty.dk/media/2773/philippines-ejk-report-v19-final.pdf>

PFTC wurde 1991 mit dem Ziel gegründet, Arbeitsplätze hauptsächlich für Frauen zu schaffen. Die GEPA arbeitet seit 1994 mit PFTC zusammen, bezieht von der Organisation Bananenchips. PFTC arbeitet eng mit lokalen Bauern und Bäuerinnen zusammen, berät sie bei technischen Fragen zu Anbau und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse und wickelt den Export ab. Das Einkommen der rund 500 Mitglieder hat sich seit der Zusammenarbeit mit dem Fairen Handel deutlich verbessert. Doch PFTC ist mehr: Die Organisation ist Teil eines Netzwerks auf der Insel Panay, das sich u.a. für eine Landreform und die Einhaltung von Menschenrechten engagiert.

### **Romeo Capalla – Pionier und Vordenker des Fairen Handels auf den Philippinen**

Romeo Capalla war nicht nur Vorstandsvorsitzender und Mitgründer des Panay Fair Trade Centers (PFTC), sondern auch ihre tragende Säule und Pionier des Fairen Handels auf den Philippinen. Wegen seines Engagements für die Interessen der Kleinbäuer/-innen verdächtigte das Militär ihn und das PFTC, dem kommunistischen Aufstand anzugehören. Capalla wurde schon 2005 Opfer falscher Anschuldigungen wegen Brandstiftung und verbrachte gut ein Monat in Untersuchungshaft. Da die Anschuldigungen haltlos waren, wurde er freigelassen. Dazu hat auch der internationale Druck von Fair-Handels-Organisationen und ihren Netzwerken beigetragen.

Am 15. März 2014 haben nicht identifizierte Bewaffnete den 65-Jährigen vor den Augen seiner 90-jährigen Schwiegermutter auf dem Marktplatz durch mehrere Schüsse ermordet. Wenige Stunden später brannte eine Zuckermühle der Organisation KAMADA – einer Mitgliedsorganisation von PFTC. Die Täter des Brandanschlags blieben unbekannt. Auch hier vermutet PFTC die Regierung als Auftraggeber.

Wenige Tage nach dem Attentat auf Capalla identifizierte die Polizei Julie Cabino, ein Mitglied der paramilitärischen Gruppe Revolutionary Proletarian Army – Alex Boncayao Brigade (RPA-ABB), als Hauptverdächtigen. Dieser wurde in den Folgemonaten allerdings nicht verhaftet. Im August 2014 stellte die örtliche Staatsanwaltschaft das Verfahren schließlich ganz ein, angeblich, weil die Zeugenaussagen nicht glaubwürdig genug seien. Eine unabhängige Untersuchung durch lokale und internationale Fair Trade-Organisationen ergab indes, dass nach Ausstellung des Haftbefehls gegen Cabino keine weiteren Ermittlungen mehr stattgefunden haben.

### **Dionisio Garete – Kleinbauer und Mitglied von PFTC**

Nur zwei Monate nach Capallas Hinrichtung auf offener Straße wurde am 28. Mai Dionisio Garete ermordet, ein weiteres Mitglied des PFTC. Als Täter werden Mitglieder der paramilitärischen Gruppe RPA-ABB vermutet. Die RPA-ABB operiert seit 2001, toleriert von den staatlichen Sicherheitsorganen, auf den Inseln Panay und Negros als Söldner und Auftragsmörder für lokale Politiker/-innen und Großgrundbesitzer/-innen. Im Januar 2014 erhielt Dionisio Garete von Mitgliedern der RPA-ABB die Warnung, sich nicht mehr im PFTC zu engagieren.

### **Ruth Fe Salditos – Mitgründerin und jahrelange Präsidentin von PFTC**

Ruth Fe Salditos, ebenfalls Mitgründerin und jahrelang Präsidentin von PFTC, wurde in der Vergangenheit vom Militär mehrfach als Terroristin denunziert und ist aufgrund gefälschter Beweise des versuchten Mordes angeklagt. Der Prozess zieht sich seit 2012 hin. Die italienische Fair-Handels-Organisation CTM hat die Kautions für die Freilassung von Ruth Fe Salditos bezahlt und sie vor jahrelanger Haft und Missbrauch bewahrt. Täglich muss sie jedoch um ihr Leben fürchten.

### **Das Engagement der GEPA**

Aus Solidarität mit PFTC schrieb die GEPA nach den Morden an Romeo Capalla und Dionisio Garete Briefe – an den damaligen Präsidenten Aquino und an die philippinische Botschaft. Gemeinsam mit dem Forum Fairer Handel und weiteren Fair-Handels-Organisationen in Deutschland wandte sich die GEPA auch an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die GEPA beteiligte sich ebenfalls an einer internationalen Friedens- und Solidaritätsmission, geleitet von der italienischen Fair-Handels-Organisation CTM und der World Fair Trade Organisation.

Zur Unterstützung von Ruth Fe Salditos hat die GEPA mit befreundeten Fair-Handels-Organisationen auf EU Ebene eine Arbeitsgruppe gebildet, die zum Ziel hat, gemeinsame Aktionen zu koordinieren und den Informationsfluss aufrechtzuerhalten, um in dringenden Fällen sofort reagieren zu können. Bei Panay Fair Trade Center wurde mit der finanziellen Unterstützung der GEPA eine Mitarbeiterin eingestellt, die Menschenrechtsverletzungen an PFTC dokumentiert und Ruth Fe Salditos beim Gerichtsprozess unterstützt.

### **Forderungen an die Politik**

In den vergangenen zehn Jahren sind einige begrüßenswerte Schritte<sup>3</sup> eingeleitet worden, um menschenrechtliche Mindeststandards in der Polizei und in den Streitkräften umzusetzen. Diese blieben leider größtenteils ohne Erfolg.

Weiterhin besteht großer Handlungs- und Verbesserungsbedarf seitens des philippinischen Staates. Daher schließen wir uns den Forderungen des „Aktionsbündnisses Menschenrechte – Philippinen“ ([www.menschenrechte-philippinen.de](http://www.menschenrechte-philippinen.de)) an die philippinische Regierung an, dem u.a. unsere Gesellschafter Brot für die Welt und MISEREOR angehören:

- Alle Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen, politisch motivierten Morden, konstruierten Anklagen und Verleumdung sowie alle Fälle mutmaßlicher Drogenhändler/innen und -abhängiger müssen unverzüglich untersucht und die Täter/innen vor Gericht gestellt werden.
- Es müssen alle notwendigen Schritte eingeleitet werden, um Menschenrechtsverteidiger/-innen und -aktivist/-innen, Journalist/-innen, Richter/-innen, Anwalt/-innen etc. vor Drangsalierung, Gewalt und Mord zu schützen.
- Die Todesstrafe soll nicht wiedereingeführt werden.
- Die Philippinen sollen das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ratifizieren.
- Präsident Duterte soll klarstellen, dass der Einsatz von Waffengewalt durch die Polizei nur dann legitim ist, wenn das Leben von Polizeibeamten oder Dritten unmittelbar gefährdet ist.
- Es muss eine grundlegende Reform des Justizsystems eingeleitet werden, sodass Gerichtsverfahren in Fällen gravierender Menschenrechtsverletzungen beschleunigt und die Täter/-innen schnell und zuverlässig zur Rechenschaft gezogen werden können.



Dr. Peter Schaumberger  
Geschäftsführer Marke und Vertrieb



Veselina Vasileva  
Politische Referentin

---

<sup>3</sup> Folgende Maßnahmen wurden u.a. getroffen: „Human Rights Desks“ in jeder Polizeiwache, Verankerung von Menschenrechtsunterricht in der Ausbildung der Soldaten, Mitgliedschaft der Philippinen im UN-Menschenrechtsrat und die Teilnahme am Überprüfungsverfahren der aktuellen Menschenrechtssituation (Universal Periodic Review-UPR) des Menschenrechtsrates.